



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Plenarwoche 01.-04. Juli 2002

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED

I. Allgemeine Informationen

Die **Gesetzgebung** im sogenannten „Mitentscheidungsverfahren“ ist in Europa wie folgt organisiert: Zunächst wird das Europäische Parlament (EP) mit einem Gesetzgebungsvorschlag der Europäischen Kommission befasst. Dieser Vorschlag wird an einen der 17 Parlamentsausschüsse überwiesen. Dort wird ein Abgeordneter zum **Berichterstatter** ernannt. Der Berichterstatter fertigt einen Bericht zu dem Gesetzesvorschlag an und stellt diesen im **Ausschuss** zur Diskussion. Jedes Ausschussmitglied kann Änderungsanträge zu dem vom Berichterstatter ausgearbeiteten Bericht einreichen. Danach ist es seine Aufgabe, über die Fraktionsgrenzen hinweg, Kompromisse zu finden, damit der Bericht mit einer größtmöglichen Mehrheit im Ausschuss verabschiedet werden kann.

Erst nach diesen vielen Diskussionen wird der Bericht im **Plenum** (Sitzung aller Abgeordneten) debattiert. Vom federführenden Ausschuss und allen Fraktionen können nochmals Änderungsanträge dazu eingereicht werden. Das abschließende Abstimmungsergebnis im Plenum des Europäischen Parlaments wird dem Ministerrat übermittelt.

Dort findet eine ähnliche Prozedur statt. Übernimmt der **Ministerrat** die Änderung des EP, so kann der Rechtsakt erlassen werden. Stimmt der Ministerrat nicht zu, so erläßt er einen "Gemeinsamen Standpunkt", der im Parlament diskutiert wird ("2. Lesung"). Bei Übereinstimmung zwischen diesen beiden EU-Gesetzgebern wird der Rechtsakt erlassen. Sollten der Rat und das EP keine Einigung erzielen, wird kein Gesetz erlassen.

II. Das Europäische Parlament hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel strenger kontrollieren

Das EP fordert, dass die Vorschriften zur Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) noch weiter verschärft werden. Deswegen hat das Parlament einen Beschluss angenommen, dem zufolge auf Verpackungen und Werbematerialien ein eindeutiger Hinweis auf die Verwendung gentechnisch veränderter Pflanzen stehen muss. Die Kommission soll Kriterien und Maßnahmen vorschlagen, um die unkontrollierte, nicht beabsichtigte Verbreitung von gentechnisch veränderten Organismen zu verhindern. Diese Regeln sollen nicht nur für in der EU hergestellte, sondern auch für importierte Lebensmittel gelten.

2. Wochenendfahrverbote für LKW beschränken

Um einerseits der wachsenden Belastung durch den Schwerlastverkehr Herr zu werden und andererseits den Binnenmarkt zu fördern hat die Kommission eine Richtlinie zur Harmonisierung der nationalen Fahrverbote in der Europäischen Union vorgelegt. Diese lässt die nationalen Fahrverbote bestehen, macht weitere nationale Fahrverbote jedoch von sehr strengen Auflagen

abhängig. Anders als die Kommission verlangen die EVP-ED (Christdemokraten/Europäische Demokraten) und der Verkehrsausschuss des EP aber, dass die Mitgliedstaaten weiterhin die Möglichkeit haben müssen, eigene nationale Einschränkungen erlassen zu können. Nach Ansicht des Abgeordneten Hans-Peter Mayer gibt es an den Wochenenden in Deutschland genug Staus, aus denen ein echtes Chaos entstünde, wenn auch noch LKWs ungehindert dazukämen.

3. Geringe Steuern auf Biokraftstoffe

Die Kommission schlägt vor, bis 2020 im Straßenverkehrssektor 20 % der herkömmlichen Kraftstoffe durch alternative Kraftstoffe zu ersetzen. Biokraftstoffe sind gegenüber herkömmlichen Kraftstoffen mit Mehrkosten von 0,30 € pro Liter benachteiligt und bedürfen daher zur verbesserten Entwicklung einer Starthilfe. Weiter spricht für ihre Förderung die Tatsache, dass es sich hierbei um erneuerbare Energiequellen handelt und sie CO₂-neutral sind. Zur Umsetzung der Biokraftstoffstrategie schlug die Kommission zwei Richtlinien vor. Die eine Richtlinie beruht auf einer "obligatorischen Beimischung" von Biokraftstoffen. Die andere erkennt den aus Biomasse hergestellten Kraftstoffen eine besondere steuerliche Behandlung zu. Die Parlamentarier begrüßten diesen Vorschlag und nahmen ihn mehrheitlich an.

4. Sexuelle Gesundheit und Rechte

Völlig inakzeptabel ist nach Auffassung vom Europaabgeordneten Hans-Peter Mayer der von der SPE (Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas) vorgelegte Bericht über die sexuellen und reproduktiven Rechte in Europa. Die SPE fordere in ihrem Bericht nichts anderes als die völlige Liberalisierung der Abtreibung in allen EU-Mitgliedstaaten sowie den Beitrittsländern. Die Abtreibung wird als "legal, sicher und für alle zugänglich" befürwortet, ebenso die Förderung der "Pille danach" als Standardpraxis ohne Formalitäten. Hans-Peter Mayer sagte dazu, rechtlich habe die Europäische Union im Bereich der Abtreibung keinerlei Gesetzgebungskompetenz. Darüber hinaus rufe dieser Bericht in Deutschland und auch in den Beitrittsländern Ängste hervor, dass die EU in Zukunft die Souveränität der Mitgliedstaaten in kulturell-ethischen Bereichen in Frage stelle. Trotz der Einwände der EVP-ED wurde der Vorschlag angenommen.

5. Tätigkeitsprogramm des dänischen Ratsvorsitzes (EU-Ratspräsident)

Vom 01.07.2002 bis zum 31.12.2002 wird Dänemark den Vorsitz im Ministerrat innehaben. Der dänische Premierminister Anders Fogh Rasmussen erklärte, Hauptaufgabe werde die Erweiterung sein. Weitere Hauptthemen sind: Sicherheit, nachhaltige Entwicklung, Nahrungsmittelsicherheit und globale Verantwortung

6. Weitere Themen waren unter anderem:

Erklärungen Rat und Kommission:

- USA und internationaler Strafgerichtshof: Schutz der Bürger mit Gewalt?
- Bekämpfung des Hungers in der Welt

Justiz und innere Angelegenheiten

- Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unter Strafe stellen

Recht

- Regeln über Maschinen und Lifte vereinfachen und Verbraucherschutz verbessern
- „Timesharing“ von Ferienanlagen: Stopp dem Betrug

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter: www.europarl.eu.int/gui-de/search/docsearch_de.htm oder www.europarl.eu.int/plenary/default_de.htm. Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>.
